



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 84834 - 23

Fernschreiber 0884890

P/XIII/55 - 7. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Das grosse Spiel Diskussion über einen Friedensvertrag mit Deutschland	44
2	Strauss lässt die Maske fallen Der Verteidigungsminister und "Matador"	53
3 - 4	Sind Gaillards Tage gezählt? Schwer angeschlagene Autorität der Regierung	68
5 - 6	Der hilfebedürftige Mensch Von Helene Wessel - MdB.	95
7	"Derenti" aus Bonn Wenn das Bundesverteidigungsministerium "richtigstellt"	29

* * * * *

Das große Spiel

G.M. Der Bundestag wird am 12. und 13. März also nicht die für diese Tage vorgesehene Debatte über die Außenpolitik und die Kosten der Aufrüstung führen. Wie es heißt, will man abwarten, wie sich in West und Ost die Diskussion über die Vorbereitungen zur "Gipfelkonferenz" entwickeln, nachdem jetzt auch die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland im internationalen Gespräch ist. Umso intensiver - hoffentlich! - wird sich der Außenpolitische Ausschuss des Bundestages mit all diesen Fragen beschäftigen.

Wie man weiß, wurde die "Friedensvertrag-Parole" von den Russen in die Debatte geworfen. Bundestagspräsident Gerstenmeier griff etwas später die Idee auf und inzwischen ist sie sogar Gegenstand eines offiziellen Notenwechsels zwischen Washington und Moskau geworden.

Ohne Zweifel verfolgen die Russen die Absicht, den Westen entweder zur indirekten oder direkten Anerkennung des Regimes von Pankow zu zwingen, oder ihn zu veranlassen, die Diskussion über das Deutschlandproblem auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens wieder aufzunehmen. Im ersten Fall weiß Moskau, daß es auf strikte Ablehnung im Westen stößt. Im zweiten Fall bietet sich für Moskau eine Gelegenheit, - gewissermaßen auf Umwegen - zu einer Diskussion über den militärischen Status eines theoretisch wiedervereinigten Deutschland zu kommen. Vielleicht rechnet Moskau auch damit, auf diese Weise das Problem einer militärisch verdünnten Zone (Rapacki-Plan) mit dem atomwaffenfreien Raum in Mitteleuropa auf die Tagesordnung der kommenden Gipfelkonferenz bringen zu können.

Es liegt also "alles drin" in dieser Diskussion über einen Friedensvertrag mit Deutschland.

Zwischen den beiden möglichen Absichten der Russen - Anerkennung des Regimes von Pankow durch den Westen und Verhandlungen auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens - liegen westliche und östliche Versuche, den gordischen Knoten des Deutschlandproblems dadurch zu lösen, daß die ehemaligen Siegermächte Bonn und Pankow beauftragen, auf Expertenebene eine gesamtdeutsche Verfassung und ein Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen auszuarbeiten. Dies mit der ausdrücklichen Festlegung, daß bei einer solchen Prozedur die gegenseitige staatsrechtliche Anerkennung der Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten nicht notwendig sei, weil es sich ja nur um Expertenverhandlungen und "technische Kontakte" handeln würde. Diese Version eines möglichen Heranpirschens an die Lösung des Deutschlandproblems ist vor kurzem bereits von mehreren Informationsdiensten angedeutet und weder von Ost noch von West dementiert worden...

Wir stehen in Deutschland also vor der Aufgabe, die Bedeutung der verschiedenen bisher auf diplomatischen Wegen erörterten Lösungsmöglichkeiten für das Deutschlandproblem zu analysieren. Dazu gehört auch die Analyse und Diskussion der in Deutschland selbst zur Frage der Wiedervereinigung veröffentlichten Pläne. Das große Spiel kann beginnen.

Strauss lässt die Maske fallen

FB.- So geht es seit nahezu zwei Jahren in Bonn: Man kann den Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, den Verteidigungsminister, den Bundeskanzler oder sonst eine amtliche Person fragen, wie es mit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr stehe, man erhält immer dieselbe Antwort: Darüber sei noch nicht entschieden, die Bundesregierung werde offiziell zu gegebener Zeit dazu Stellung nehmen. Wenn man diese Antwort immer und immer wieder erhält, dann möchte man am liebsten diesen Sprechern mit Empörung entgegenrufen, dass sie das tun, was man gemeinhin im bürgerlichen Leben heucheln nennt.

Es gibt zwar eine Zusicherung der Bundesregierung, sie würde in dieser Frage erst dann eine Entscheidung treffen, wenn auch der Bundestag Stellung genommen habe. Aber es pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass die Bundesregierung seit geraumer Zeit alles tut, um das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wenn es dafür noch eines letzten Beweises bedürft hätte, dann hat ihn die Amerikareise des Bundesverteidigungsministers geliefert.

Es fing mit der Erklärung von Strauss an, er habe ein Angebot des amerikanischen Verteidigungsministers angenommen, die Bundeswehr mit "Mataador"-Flugkörpern auszurüsten. Diese haben eine Reichweite von rund 1 000 km und wenn man sie mit Aussicht auf Wirkung einsetzen will, dann muss man das mit Atomköpfen tun. Als diese Nachricht bekannt wurde und Proteste der Oppositionsparteien vorlagen, griff man, wie immer, zu billigen, mätzchenhaften Ausreden. Einmal wurde darauf hingewiesen, dass die "Mataador"-Flugkörper auch mit konventionellen Sprengköpfen verschossen werden könnten. Nun, das ist bekannt, aber niemand kann bestreiten, dass eine militärische Wirkung nur dann zu erreichen ist, wenn diese Waffen atomar gebraucht werden. Und dann wurde erklärt, dass man solche Sprengköpfe nicht kaufen könne, da sie nach den amerikanischen Gesetzen unverkäuflich seien. Von Kauf war auch niemals die Rede, sondern nur von "zur Verfügung stellen".

Schliesslich beeilte sich auch noch der Verteidigungsminister, nachträglich zu erklären, dass selbstverständlich dies ein Angebot nur dann angenommen werden würde, wenn der Deutsche Bundestag seine Zustimmung gebe. Fest steht, dass Strauss davon ursprünglich nichts gesagt hat. Er hat nur erklärt, dass "er" das Angebot angenommen habe. Wer hat ihn dazu ermächtigt?

Die wahren Absichten von Strauss wurden auch sichtbar, als er am Donnerstag-Abend in Washington im Hinblick auf das Interview des NATO-Oberbefehlshaber Horstad, der sich für die atomare Ausrüstung der Bundeswehr aussprach, wörtlich sagte:

"Ich glaube, wir sollten bereit sein, Horstads Empfehlungen zu akzeptieren".

Wer ist "wir"? Wir, die deutsche Opposition, die über 12 Millionen Wähler vertritt, sind dazu nicht bereit; im Gegenteil, wir werden diese Empfehlungen leidenschaftlich bekämpfen. Dieser Kampf erstreckt sich nicht nur auf die Opposition. Die letzten Meinungsumfragen haben eindeutig bewiesen, dass über drei Viertel der deutschen Bevölkerung die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eindeutig ablehnt. Im gleichen Zusammenhang hat Strauss auch noch die Stirn, zu erklären, dass der Wiedervereinigung von beiden Seiten der Bundesregierung höchste Priorität gegeben werde. Wer auf der einen Seite die atomare Bewaffnung begünstigt oder gar fordert und auf der anderen Seite die Wiedervereinigung angeblich in die höchste Prioritätsstufe einrangiert, nun, der ist ein Phantast oder ein Heuchler, denn das Eine schliesst das Andere aus.

Sind Gaillards Tage gezählt ?

E. - Paris

Die Tage der Regierung Gaillard dürften gezählt sein. Die Unabhängigen brachten dem französischen Ministerpräsidenten bereits ihre Befürchtung über die Entwicklung in Algerien zum Ausdruck und stellten Forderungen zur Verstärkung der dort stationierten Streitkräfte. 50 bis 80 000 Mann fordert die militärisch verantwortliche Führung zusätzlich zur Erfüllung ihrer algerischen Aufgaben. Die ehemaligen Minister Bidault, Soustelle, André Morice und Roger Duchet sprechen davon, dass sich das Schicksal Algeriens und damit Frankreichs in den nächsten Wochen im guten oder schlechten Sinne erfüllen werde - und drängen auf radikale Massnahmen, die nach Auffassung der Gaullisten nur durch Bildung einer "Regierung der öffentlichen Wohlfahrt" verwirklicht werden können.

Das Verlangen nach Gewährung neuer Truppen für Algerien rief bereits innerhalb der Regierung starke Auseinandersetzungen hervor, die trotz mehrfacher Beratungen bis jetzt zu keinem Ergebnis führten. Verteidigungsminister Chaban-Delmas verlangt immer wieder Kredite, die der Finanzminister unter Hinweis auf übernommene internationale Verpflichtungen stets ablehnt. Er erhebt die Gegenforderung, der Verteidigungsminister und die militärisch verantwortlichen Kreise mögen die notwendigen Beträge im Rahmen der ihnen zugeteilten Jahreskredite frei machen, die sie im übrigen bereits um zahlreiche Milliarden Francs überschritten haben, in der Annahme, dass man ihnen das für die Landesverteidigung erforderliche Geld nicht vorenthalten könne.

Bis jetzt stellte sich Ministerpräsident Gaillard hinter seinen Finanzminister, denn er weiss, dass eine Überschreitung des Budgets - ohne gleichzeitige Einführung neuer Steuern, die von den internationalen Instanzen gewährten Dollarkredite gefährdet würde - und damit der unternommene Versuch zur Sicherung der Währung, Stabilisierung der Preise und Neuordnung des französischen Aussenhandels zum Scheitern verurteilt wäre. Andererseits wird Ministerpräsident Gaillard kaum Forderungen auf neue Steuern stellen und entsprechende Gesetzesvorlagen im Parlament einbringen können, ohne den sofort

tigen Sturz der Regierung zu provozieren, da die gemässigten Mitglieder seines Kabinetts - vor allem die Unabhängigen - seit Jahren den Kampf gegen neue Steuern zum Programm erhoben haben.

Es ist kaum sichtbar, welcher Ausweg aus dieser Zwangslage gefunden werden kann. Die Autorität der Regierung ist durch die inneren Schwierigkeiten stark geschwächt. Die Sakiet-Affaire mit all ihren internationalen Konsequenzen zeigt das täglich von neuem. So ist es nicht ausgeschlossen, dass der Algerien-Konflikt erstmals unverhüllt Anlass zur Eröffnung einer Regierungskrise geben wird. Es ist nicht zu übersehen, dass die schweren materiellen und moralischen Belastungen, die der Algerien-Krieg für Frankreich bedeuten, starken Eindruck auf die Massen der französischen Bevölkerung machen, die des langen Kampfes und der ständigen Opfer überdrüssig zu werden beginnen, wie es die Aufständigen von Anfang an erhofften und in Rechnung stellten. Dazu kommt, dass alle Voraussagen der politischen und militärischen Führung über die Dauer des Konfliktes und seine Entwicklung sich immer wieder als irrig erwiesen haben und auch heute noch nicht sichtbar ist, wann "die letzte Viertelstunde" wirklich geschlagen hat.

Dass von den Gaullisten um Jacques Soustelle die Forderung nach Bildung einer "Regierung der nationalen Wohlfahrt" mit der Idee der Berufung General de Gaulles als Retter in der Not verbunden und stark propagiert wird, nimmt nicht Wunder. Der Gedanke an eine solche Notlösung besteht auch in anderen Kreisen, die des Glaubens sind, der General habe einen fertigen Plan zur Lösung der Algerien- und Nordafrika-Fragen und darüber hinaus Vertrauen und Autorität genug, sowohl bei den Franzosen und Arabern, als auch im internationalen Rahmen, um diesen Plan zu verwirklichen, die Staatsautorität zu festigen und Frankreichs Stellung in der Welt zu sichern. Fraglich ist lediglich, ob die Nationalversammlung durch Zustimmung zur Berufung General de Gaulles zum politischen Selbstmord bereit wäre. Die Antwort auf diese Frage hängt zu einem wesentlichen Teil von den Unabhängigen und konservativen Kreisen ab, die bisher für den General kaum allzu starke Sympathien aufgebracht haben und auch jetzt sicherlich starke Bedenken gegen ein Experiment haben, dessen Folgen ungewiss sind.

Der hilfebedürftige Mensch

Von Helene Wessel, MdB

Im Bundesgebiet (ohne Saarland) wurden im Jahre 1956 in der offenen Fürsorge und Tbc-Hilfe rund 640 000 Parteien mit 950 000 Personen laufend unterstützt. Für laufende und einmalige Unterstützungen wurden 690 000 Millionen DM aufgewendet. In der geschlossenen Fürsorge und Tbc-Hilfe (Anstaltsfürsorge) wurden ausserdem 330 000 Personen untergebracht. Für diese wurden für 110 Millionen Verpflegungstage 590 Millionen DM verausgabt. Insgesamt wurden also in der offenen Fürsorge und in der Anstaltsfürsorge (ohne Empfänger einmaliger Unterstützungen) 1.28 Millionen Personen laufend unterstützt.

Einschliesslich der einmaligen Unterstützungen wurden 1.280,3 Millionen DM für Fürsorgeleistungen aufgewendet. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet entfallen 25,62 DM. Gegenüber dem Vorjahr 1955 hat der Umfang der offenen Fürsorge, vor allem durch weiteren Ausbau der Erziehungsbeihilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz, zugenommen. Die Beanspruchung der Anstaltsfürsorge ist dagegen gleich geblieben. Die Fürsorgeaufwendungen sind durch Erhöhungen und Verbesserungen der Licht- und Pflugesätze auch im Jahre 1956, wie in den Jahren vorher, gestiegen.

Nachstehende Luistellung zeigt die Leistungssteigerung in der offenen Fürsorge und Anstaltspflege einschliesslich Tbc-Hilfe in den Jahren 1952 bis 1956:

	offene Fürsorge und Tbc-Hilfe	Anstaltsfürsorge	zusammen
	in Millionen DM		
1952	577.8	422.3	1 000.1
1953	612.0	482.6	1 094.6
1954	660.4	532.6	1 193.0
1955	646.5	525.6	1 172.1
1956	691.2	589.1	1 280.3

Zu den Fürsorgeleistungen von 1 280,3 Millionen DM sind an öffentlichen Leistungen ausserdem 50,9 Millionen DM für Weihnachtsbeihilfen hinzuzurechnen, die im Fürsorgeaufwand der Vorjahre enthalten sind. Ferner wurden von den Arbeitsämtern 10,3 Millionen DM Weihnachtsbeihilfen 1956 bezahlt. Bei Einbeziehung der Weihnachtsbeihilfen haben sich die Aufwendungen der offenen Fürsorge und Tbc-Hilfe im Jahre 1956 gegenüber 1955 um 15 % erhöht.

Vom Gesamtaufwand der offenen Fürsorge entfielen 1956 auf die allgemeine Fürsorge 73 %, auf die soziale Fürsorge 12 %, auf die Tbc-Hilfe 10 % und auf die Fürsorge für Zugewanderte 5 %. In durchschnittlicher Unterstützung wurden pro Person 567,-- DM jährlich gezahlt.

In der Anstaltsfürsorge waren naturgemäss die Schwankungen in den Belegungsziffern in den Anstalten mit vorübergehender Unterbringung, wie Erholungsheimen und Krankenhäusern, auch im Jahre 1956 besonders hoch, dagegen in den Anstalten mit vorwiegender Dauerunterbringung wie Alters- und Kinderheimen oder Anstalten für Körpergeschädigte und Nervenranke, besonders niedrig. Im ganzen ist die Inanspruchnahme der Anstaltsfürsorge im Vergleich zu 1955 fast unverändert geblieben.

Die Aufwendungen der Anstaltsfürsorge sind von 1955 auf 1956 um 12 % gestiegen infolge Erhöhung der Flagesätze und Behandlungskosten. Der durchschnittliche Aufwand je Verpflegungstag ist gegen das Vorjahr von 4.74 DM auf 5.32 DM gestiegen. Am stärksten erhöhten sich die Kosten der Kinder- und Krankenfürsorge sowie der ausserordentlichen Anstaltspflege (Blinden-, Krüppel-, Taubstummen-, Hevranheilanstalten). Von den Gesamtkosten der Anstaltsfürsorge beanspruchte die ausserordentliche Anstaltspflege 34 %, die Altersfürsorge 23 %, die Kinderfürsorge 21 %.

In den einzelnen Anstalten betrug der Aufwand je Verpflegungstag von 1952 bis 1956:

	1952	1953	1954	1955	1956
	in DM				
Anstalten und Heime insgesamt	4.02	4.39	4.56	4.74	5.32
darunter					
Alters- und Siechenheime	3.06	3.36	3.52	3.74	4.15
Blinden-, Krüppel-, Taubstummenheime, Anstalten für Nerven- und Geisteskranke	4.46	5.02	5.23	5.36	6.14
Kindererholungsheime und sonstige Heime für Minderjährige	3.44	3.63	3.85	3.96	4.39
Krankenhäuser, Entbindungs- und Säuglingsheime, Heilstätten und Asylierungsheime	6.23	7.43	7.81	8.04	9.15

Den Ausgaben für die öffentliche Fürsorge im Jahre 1956 standen Einnahmen von insgesamt 22 % der Ausgaben gegenüber. Nach Abzug der Einnahmen verblieben rund 1 002 Millionen DM an reinen Ausgaben. Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung sind das 20.06 DM.

Auf die Länder verteilt weisen die höchsten Fürsorgekosten wie in den Vorjahren Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein, die niedrigste Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auf. Die öffentliche Fürsorge und Tbc-Hilfe betrug in den Ländern des Bundesgebietes (ohne Saarland) einschliesslich West-Berlin in den Jahren 1954 bis 1956 je Einwohner in DM:

	1954	1955	1956
Hamburg	37.01	37.93	40.09
Bremen	41.22	39.38	38.21
Schleswig-Holstein	31.71	29.25	33.05
Nordrhein-Westfalen	26.04	25.59	28.27
Hessen	23.85	22.29	25.94
Niedersachsen	21.55	20.84	23.64
Bayern	21.53	21.31	22.69
Baden-Württemberg	21.67	20.77	21.68
Rheinland-Pfalz	16.87	16.22	18.52
West-Berlin	83.53	83.34	78.64
im Durchschnitt des Bundesgebietes	24.03	23.37	25.62

Besonders hoch sind die Fürsorgekosten in West-Berlin infolge seiner besonderen Lage und dem dadurch bedingten Umfang seiner Fürsorgeleistungen.

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 11, Jahrg. 1957)

"Dementi" aus Bonn

sp- Wir veröffentlichten am Mittwoch dieser Woche einen Artikel über die mangelhafte Ausbildung der Wehrpflichtigen und stützten uns hierbei auf Aussagen und Informationen von Truppenoffizieren, die ihrer Verärgerung über das "überhastet verwirklichte Wehrpflicht-Gesetz" in Berichten Luft gemacht hatten.

Das konnte das Bundesverteidigungsministerium natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Prompt erfolgte aus Bonn ein "Dementi". Bonner Journalisten wurde vom Verteidigungsministerium mitgeteilt, der SPD-Pressedienst habe "natürlich Falschmeldungen" veröffentlicht. Einige Zeitungen in der Bundesrepublik beflissigten sich daraufhin, ihren Lesern begreiflich zu machen, dass alles nicht so schlimm sei, wie es der SPD-Pressedienst behauptet habe.

Inzwischen ist es uns gelungen, das "Dementi" des Bundesverteidigungsministeriums zu unserem Artikel etwas genauer kennenzulernen, als es bisher durch mündliche Antworten auf Rückfragen in die Welt gesetzt worden war.

In einer grossen Düsseldorfer Zeitung lesen wir:

"Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums sagte dazu auf Anfrage (zu dem Artikel des SPD-Pressedienstes, d.Red.), dass keinerlei schriftliche Berichte über die Ausbildung des ersten Wehrpflicht-Jahrgangs vorlägen. Die Kritik der SPD (gemeint ist der SPD-Pressedienst d.Red.) gehe auf die Meldung einer Nachrichten-Agentur aus Lingen / Ems zurück, wo die Ausbildungs-Offiziere einiger dort stationierten Einheiten tatsächlich solche Äusserungen gemacht hätten".

Genau das war in dem vom Bundesverteidigungsministerium "dementierten" Artikel festgestellt worden. Nicht mehr und nicht weniger!

+ + +